

Gürtelkette

Organ für die Interessen der werftähigen Bevölkerung.

Fracture of the scapula

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Geographia Polonica

Das „Büdeder Volksblatt“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) am dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Schmiedekunst Nr. 30/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.00. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungssatz Nr. 4069 a. lediglich Nachtrag.

Die Regel-entgelts beträgt für die vierseitige Zeitung bei deren Ma.
15 Pfg. für Versammlungs-, Werbe- und Wohnung-Anzeigen nur 10 Pfg.
auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Raten für die nächste Nummer müssen bis
zum 1. Aug. bezahlt werden; erläuternde Formulare sind vorher in der Redaktion abzugeben.

99r. 75

Freitag, den 30. März 1906.

13. Sabato

Colours of the Bellman.

Zum Konflikt in der Thüringer Wurstfabrik von August Scheere.

Die gestern abend stattgefundene Marienversammlung, welche von allen Gewerkschaftsdelegierten besucht war, hat gegen eine Stimme beschlossen, über die Waren des Herrn August Scheere den Boykott zu verhängen. Und diese eine Stimme wollte nicht etwa Scheere in Schutz nehmen, nein, der betreffende Delegierte wollte den Boykott im Geheimen organisieren. Es wollte der Maulwurfsarbeit der Scharfmacher- und Arbeiterverbände ein Karuss bieten durch eine stillle, aber dennoch wirksame Minterarbeit. Die Mehrheit wachte anders. Nicht hinterlieds will sie den Gegner fassen. Zug' in Aug' ruft sie dem Gegner zu: Du willst unseren Brüdern das Koalitionsrecht rauben, Du willst ihnen den geschmäfigen Weg zur Besserung ihrer Lebenshaltung verlegen; dann bist Du unser Feind und wir nehmen den wirtschaftlichen Kampf mit Dir auf!

Die bürgerlichen Zeitungsscheiter, vielleicht auch Herr August Scheere selbst, sich gegen die Anschuldigungen wenden werden, so wollen wir die Entwicklung des Streites hier kurz erörtern. Noch am Anfang dieses Jahres standen bei Scheere 15 bis 16 Verbandsmitglieder in Tätigkeit. Alles war guter Dinge. Die Arbeit ging hand in hand und wurde flott gefördert. Das einzige störende war das Benehmen des Vorarbeiters, des Bize. Er redete mit den jüngeren Gesellen nur im Kasernenhofston, Schimpfworte waren an der Tagesordnung und Alurempfeleien wegen der Verbandszugehörigkeit nichts Seltenes. Das trieb der Herr so lange, bis er an einen Verlehrten kam. Ein Geselle, der dem Verbande schon einige Zeit angehörte und sich seiner Menschenwürde bewusst geworden war, reagierte auf die Grobheiten des Bize in einer diesen jedenfalls verblüffenden Weise. Es entstand ein Wortwechsel, der, wenn nicht die anderen Verbandsgesellen dazwischen gegangen wären, mit einer solennen Kellerei geendet hätte. Die Sache wurde Herrn Scheere unterbreitet. Dieser schlichtete die Sache in durchaus ihraler Weise und verbat dem Bize, Schröder ist sein Name, seine Anordnungen bei der Arbeit mit Spigen wegen der Verbandszugehörigkeit und Grobheiten zu verbinden. Um aber für spätere Seiten vorzubereiten, stellte Scheere an seine Gesellen das Verlangen, von da an ohne Rücksichtung zu arbeiten. Da diese Aenderung ordnungsgemäßig vor sich ging, hatte kein Verbandsgeselle etwas dagegen.

Von jetzt ab wurden namenslich die Verbandsmitglieder mit ausgehuchter Höflichkeit behandelt, bis dann ein Ereignis wieder den Beweis lieferete, daß der Vize, und wie befürchtet soß auch Herr Scheere, den Kampf gegen die verhöhlten Verbandsmitglieder nicht aufzugeben hatte. Ein Geselle hatte Hochzeit gehabt und lud seine Kollegen zu einer kleinen Nachfeier nach einer Wirtschaft an der Obertrave ein. Da er selbst Mitglied des Verbands war, berücksichtigte er selbstverständlich bei der Einladung auch nur solche. Ein bei Scheere beschäftigter Nichtverbündeter namens Reinhardt mischte sich, ohne daß er dazu eingeladen war, unter die Gesellschaft. Das gab natürlich zu Mißverstehen Anlaß und das Ende vom Liede war, daß R., nachdem er wiederholts

aufgefordert war, die Gesellschaft zu verlassen von einigen handfesten Schlägern gepecht und an die frische Luft gesetzt wurde. Einige unsanfte Hände setzte es schließlich auch dabei. M. rannte zornentbrannt zum Kabi. Drei Scheere-
sche Gesellen und einer aus einem andern Betriebe wurden
in Untersuchung gezogen und fast 2 Wochen in Haft be-
halten. Die Gerichtsverhandlung führte zu dem Resultat,
daß die drei Scheereschen Gesellen freigesprochen wurden
und der andere Fremde zu 20 Mr. Geldstrafe verurteilt
wurde. Scheere entließ darauf die 3 Verbandsmitglieder;
der Prokurator, der eigentlich die Schuld an dem ganzen
Vorfall trug, blieb im Scheereschen Betriebe. Schon
damals drohten die sämtlichen Verbandsmitglieder, die Arbeit
niederzulegen; nur der Zuredt der hinzugezogenen Vorstands-
mitglieder des Gewerkschafts-Kartells gelang es, dies hinteran
zu halten. Zwei Kommissionsmitglieder des Kartells inter-
venierten dann bei Scheere. Er sah wohl ein, daß der M.
Schuld hatte, aber einen solchen braven Arbeiter könne
er nicht entlassen. Schließlich, nach vielen Hin und Her,
erklärte er sich bereit, den M. nach vier Wochen aus
seinem Betrieb zu entfernen. Beider mochten
jetzt einige Verbandsgesellen die Durstigkeit und verließen
die Arbeit bei Scheere, so daß die sogenannten Blauen die
Nebenhands belämen, denen nun mächtig der Hamm schwoll.
Hätten kam noch, daß gegen das erstaunlichste Urteil seitens
des Staatsanwalts Brufung eingelagt wurde. Zeit oder
die dachte Herr Scheere und sein Vize Schröder.
Stattdessen der versprochenen Entlassung des Reinhardt wurden
am letzten Sonnabend zwei schon einige Zeit bei Scheere be-
schäftigte Verbandsmitglieder entlassen. Ein Entlassungs-

grund wurde nicht angegeben, sondern sogar auf Besragen der Entlassenen gegenüber verweigert. Den jetzt noch im Scheere'schen Betriebe stehenden Verbandsgesellen blieb nichts weiter übrig, als die Konsequenz zu ziehen. Das wurde ja jedenfalls auch von Herrn Scheere erwartet, denn nun wurde der Werkleb wieder rein von Verbändlern, Schröder konnte wieder schimpfen wie ein Korporeal und Herr Scheere konnte wieder bis in die Puppen schusten lassen. Der verhetzte Scheere gesellte verliehen die ungästliche Stätte des Scheere'schen Betriebes und die gestrige Kartellversammlung übte voll Solidarität, indem sie die Erzeugnisse des Scheere'schen Wurflissels für Arbeiter verbündete.

Arbeiter Lübeck! Meibet alle Waren auf den Scheere'schen Betrieben und läden kein Wiederverkäufer, der auf Arbeiterkundschaft rechnet, durch Scheere'sche Waren führen und zwar so lange nicht, bis Herr August Scheere sein Wort eingölft, daß er der Kartellkommission gegeben hat, so lange nicht, bis Herrn August Scheere seinen Gesellen nicht mehr vornehmst das gesetzliche Qualitätsrecht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die sogenannte preußische Wahlreform ist von der Kommission des Dreiklassenparlaments in zwei Sitzungen angenommen worden. Von freisinniger Seite wurde die Resolution auf Einführung des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts vertreten. Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten sich dagegen. Von national-liberaler Seite wurde besonders eine generelle gerechte Neuerteilung der Wahlbezirke befürwortet. Das Zentrum erklärte sich für das Reichstagswahlrecht, aber gegen die freisinnige Resolution, weil sie die Ablehnung der gegenwärtigen Vorlagen forderte. Die Freikonservativen erklärten sich gegen eine Neufassung der bestehenden Wahlbezirke mit Wahlkreis-

eine Belastung der vorliegenden Gesetzentwürfe mit Resolutionen. Die Konservativen erklärten, die gegenwärtige Zeitpunkt sei ungeeignet für die Lösung der Wahlrechtsfrage. Von freisinniger Seite wurde nun der Teil der Resolution, welcher die Ablehnung der vorliegenden Gesetzentwürfe auspricht, vollständig zurückgezogen, um dem Buntum die Möglichkeit zu geben, mit für das Reichstagswahlrecht zu stimmen. Die freisinnige Resolution auf Einführung des Reichstagswahlrechts wurde hierauf gegen 7 Stimmen (Freisinnige 2 und Buntum 5) abgelehnt. Auch die übrigen Resolutionen wurden abgelehnt. Dafür stimmten nur die Freisinnigen und Nationalliberalen. Der Gesetzentwurf A, der die Neuordnung der Wahlbezirke enthält, wurde gegen 2 Stimmen (Freisinnige), der Gesetzentwurf B, der baulichen Veränderungen der Wahlvorschüsse enthält, einstimmig angenommen. Die national liberalen und freisinnigen Mitglieder der Kommission erklärten vorweg, daß ihre Abstimmungen nur vorläufig seien. — Wir glauben gerne, daß die Konservativen gerade die gegenwärtige Zeit für ungereignet zur Lösung der Wahlrechtsfrage halten; wollen sie doch den Anschein vermeiden, als ob die Wahlrechtsbewegung der

preußischen Volkes von irgendwelchem Erfolg geführt gewesen sei. Das preußische Proletariat aber wird nicht locken lassen; es wird in noch regerer Weise als bisher seine Demonstrationen um ein sielles Wahlrecht fortführen mit dem Erfolg, daß schließlich doch der Wille des Volkes das höchst. Ehr's jetzt für preußische Kraut- und Industriejunkler

Aus dem Reichstage. Der beschlußunfähige Reichstag beendete am Dienstag die erste Lesung der Fötenvorlage. Seine Beschlußunfähigkeit offenbarte sich am Schlusse, als es zur Abstimmung kam. Die Fötenabgeisterung des Reichstags ist also nicht groß genug, um die Folgen der Dätenlosigkeit auch nur an einem „großen“ Tage aufzuheben. — Das Bild der Veratung blieb im Übrigen dasselbe wie Taus zuvor: Die Seiten der großen Prinzipienkämpfe sind vorüber. Keine bürgerliche Partei erhebt mehr grundsätzlich Widerstand gegen den Weltkrieg, die noch vor einem Jahrzehnt gründlich und allseitig verworfen wurde, und keine bürgerliche Partei läßt sich gern an die Geschicke ihrer Fötenentwicklungen erinnern. Von den Kavalleriegruppen der alten Alsflossenheit ließ das Zentrum durch Spahn sen. eine lakonische Erklärung für, die freisinnige Volkspartei durch Müller aus Sagaa eine ebenso lakonische gegen die Vorlage abgeben; doch auch der Widerspruch der Volkspartei bezieht sich nur auf die u. l.stitutionelle Form, die Bindung, nicht auf den materiellen Inhalt der Vorlage, die Kreuzervermehrung, die auch die Eugeniden bewilligen. Der Kampf drehte sich fast ausschließlich um Moes und die Propheten, will sagen um die Duldung Parlamentarisch geprüft, und die es sich um den freisinnigen Antrag Abloß dem Flottengesetz einen Deckungsparagraphen zugesügen, der zum Zweck der Ausbringung der Fötenkosten eine — von 100 000 Mark — beginnende mäßig aggressive Reichsvermögensstuer einführt. Den Antrag begabete in einer — von einigen überflüssigen Palnos abgesehen, nicht ablehn — Rede der demokratische der beiden Freisinnsmüller, der aus oder viel-

mehr für Reiningen. Recht energisch sprach sich der übrigens sehr flottenchwärmerische Beteiligungsmann Rommels für den Antrag aus. Die berechtigt scharfe Kritik, die der gewandte Finanzmann an der Steuerfucher- und Steuerpfuscher-Kommission übte, rief den nationalliberalen Parteigreis Büsing, den Vorsitzenden der Kommission, auf die Tribüne. Herr Büsing ist „eigentlich“ für direkte Reichsteuern, aber echt nationalliberal proklamierte er die Prinzipienlosigkeit als Prinzip. Zwei weitere Verteidiger saub die edle Kommission an den geschmeichelten Nachfolger und Nachtreter Miquels, dem von Rheinbaben, und an den Reichschaufelkretär von Stengel, der sogar bajuvarisch grob werden zu müssen glaubte. Die Herren wollen von direkten Reichsteuern nichts wissen; als echte Bürokraten verschönzen sie sich hinter die Behauptung, daß die Einkommenssteuer, in die sie seufzend gewilligt, keine direkte Steuer sei. In ihren Wahlreden schwärmen die Antisemiten immer für Besteuerung des Reichstums; jetzt, da sie einmal die Theorie in die Praxis zu übersehen Gelegenheit hatten, versagten sie Niedlich. Die großen politischen Gesichtspunkte hob allein und erneut Genosse Bebel hervor. Er tat den Grafen Arnim ab, den Reichsparteller, der in der Sitzung dieses Tages eine Brandrede gegen die Sozialdemokratie losgelassen; Sr. Gelaut ist mit dem Vorwurf des „Vaterlandverrats“ schnell bei der Hand und scheint ganz vergessen zu haben, daß so ähnlich ja wohl auch die Klage lautete, die welland Fürst Wismar gegen den Grafen Harry Arnim, des jetzigen Abgeordneten Better, erheben ließ. In Namen unserer Fraktion sprach sich Genosse Bebel für den Antrag Abläß aus. Die Abstimmung über diesen Antrag war eine namealliche. Bei 5 Stimmenthaltungen stimmten 95 Abgeordnete dagegen, 63 dafür. Die Gesamtzahl der Anwesenden betrug also 163, wihin war das Haus beschlußfähig. — Der Reichstag hat gestern die Novelle zum Flottengesetz gegen die Stimmen der Volksparteien und Sozialdemokraten angenommen.

Die Steuerkommission des Reichstages leite gestern die Beratung über die Zigarettensteuer fort. S 1 handt in folgender Fassung Annahme: „Der Eingangs- zoll beträgt für feingeschnittenen Tabak und Zigaretten 800 Pfund für den Doppelzentner. Außerdem unterliegen Zigaretten einem Stückzoll von 5 Mr. für 1000 Stück. Die Zollbefreiungen der §§ 5 und 6, Biffer 7 des Zolltarif- gesetzes vom 25. Dezember 1902 können für die genannten Tabakerzeugnisse sowie für Zigarettenhülsen und Blättchen durch den Bundesrat beschränkt werden.“ S 3 wird folgendermaßen formuliert: „Die Zigarettensteuer ist vom Hersteller des Zigaretten-Tabaks und der Zigaretten sowie der Zigarettenhülsen usw. mit Anbringung von Steuerzeichen an den Packungen zu entrichten, bevor die verpackten Erzeugnisse aus der Erzeugungsstätte entfernt werden.“ S 5 regelt den Verkauf von Zigaretten und wird vom Abg. Helm in einer Fassung vorgeschlagen, die auch den Stückweisen-Verkauf der befreiten Zigaretten ermöglichen soll. Dieser Paragraph wird angenommen, ebenso S 6. Nach kurzer Debatte über einen Antrag der Sozialdemokraten, die Anfertigung von Zigaretten als Heimarbeit zu verbieten, vertoagte sich die

Im Reichstagwahlkreise Hagen-Schelme stellten die Freisinnigen Abgeordnete Dr. Kollmann auf.

Die Rudolstädter sind umgefallen. Der Fürst bekommt seinen Willen und eine höhere Stolzfe. Ein Telegramm aus Rudolstadt vom 27. März meldet: Die erhöhte Kameralrente des Fürsten, wegen deren Nichtbewilligung der Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt im Dezember aufgelöst worden ist, ist heute vom neuen Landtag nach längerer Debatte mit neun gegen die seben Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen worden.

Der Streit in der Zentrumsfaktion. Das Stuttgarter Zentrumblatt nimmt den Abgeordneten Erzberger in Schutz gegen diejenigen Organe, die den genannten Parlamentarier angreifen, weil er „in die unhaltbaren Sappende unserer Kolonialbewaltung hineingeleuchtet hat“. Der Abgeordnete Erzberger habe hier ein großes Verdienst; das Volk würde ihm dankbar sein. Weiter meint das genannte

Blatt : „Dass nun bei einem solchen Kampfe nicht alles von gleicher Wichtigkeit ist, dass nicht jeder von jedem Punkte überzeugt wird, dass vielleicht einmal, so lange man nach den Alten noch forschen und fragen muss, etwas zu viel behauptet wird, liegt in der Natur der Sache; daraus kann man gegen den, der mit bester Überzeugung der Wahrheit dienen will, keinen Bo warf erheben; das regelt sich auch im Laufe der Auseinandersetzung, da der Regierung volle Möglichkeit zu einer Gegenäußerung ge-

Am Schluß seines Artikels wendet sich dann das Blatt gegen die Darstellung, „als habe Dr. Spahn sich im Namen der Zentrumsfaktion gegen den Abgeordneten Grzberger ausgesprochen“. Das sei unrichtig und falsch zugleich, sogar bösartig erfunden. Dem gegenüber gibt das Blatt folgende Darstellung von den Vorgängen innerhalb der Zentrumsfaktion:

Der Abgeordnete Erzberger hat, bevor er seine Ansprache im Plenum des Reichstages vortrug, diese vielmehr der Fraktion unterbreitet und mitgeteilt. Damals war das Mandat des Abgeordneten Spahn erloschen (infolge seiner Abschaffung) und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Dr. Spahn von diesem Vorfall gar keine Kenntnis hatte. Ebenso steht fest, daß die Zentrumsfaktion sich nicht mit der Frage beschäftigt hat, ob Dr. Spahn sich gegen den Abg. Erzberger ausgesprochen haben soll; wie hingegen sehr bestreitige Zweifel, ob die Fraktion sich auf die Seite Spahns gestellt hätte.

Das Blatt stellt also die bekannte Auseinandersetzung Spahns nicht nur als dessen Privatausicht hin, sondern bestreitet ihm sogar die Autorisation zu einer solchen Auseinandersetzung und droht ihm mit einer Strafprobe. Für die innerhalb des Zentrums bestehende politische Situation ist dieser Kulturskandal immerhin recht interessant, denn es gehen aus obiger Mitteilung folgende Tatsachen hervor:

1. Herr Erzberger verzichtet sich in der Zeit, da Herr Spahn der Fraktion nicht angehört, der Zustimmung der Fraktion zu seinem Vordrucke gegen die Kolonialverwaltung.

2. Herr Spahn läßt in die Fraktion zurück und erfüllt angeblich nichts von der Zustimmung der Fraktion zu Erzbergers Vorgeben, obwohl das letztere in der Praxis doch genug Staub aufgewirbelt hat.

3. Herr Spahn empfiehlt die Selbstständigkeit des Herrn Erzberger der Regierung gegenüber unangemessen, lebt sich in seiner parlamentarischen Führerrolle beeinträchtigt und riskiert einen kleinen Staatsstreich, um Herrn Erzbergers Übermut zu dämpfen.

Dieser Staatsstreich wird vom württembergischen Parteivorstand des Zentrums als solcher gekennzeichnet.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 28. März 1906.

77. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Niemand.

Ein Schreiben des Abg. Kusangel (B.), in dem dieser auf seine Immunität für den gegen ihn beantragten Manifestationsprozeß verzichtet, wird der Geschäftsausschussskommission überwiesen.

Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen.

Auf Antrag des Abg. Wellstein (B.) werden erst diejenigen Wahlen vorgenommen, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen.

Die Wahlen der Abgg. Wessel (M.) Bernburg, Metz (R.) 1. Mecklen.-Schwerin, Freiherrn v. Hodenberg (Welfe) 14. Hannover, v. Kardorff (P.) 3. Breslau, Dr. Lucas (M.) 8. Kassel, werden nach dem Antrage der Wahlprüfungscommission ohne Debatte für gültig erklärt.

Über die Wahlen der Abgg. Dr. Wallau (M.) 2. Hessen, Bräschentz v. Lindenholz (P.) 1. Merseburg, Hagemann (M.) 4. Erfurt, beantragt die Wahlprüfungscommission Beweisverhebungen. Das Haus beschließt so.

Betreffend die Wahl des Abg. Zimmermann (Ant.) 20. Sachsen, beantragt die Commission Giltigkeitserklärung. Gevert (SD.) spricht sich gegen diesen Kommissionsantrag aus.

Brühn (A.) bittet, die Wahl für gültig zu erklären, da der Abg. Zimmermann auch gewählt wäre, wenn die von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee gesagten Gesetzesverlegungen nicht vorgekommen wären. Die Commission habe diese Stimmen schon abgerechnet.

Singer (SD.) beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären. Hier liegt die Sache so, daß die Wähler, die nach Aufstellung der Wahlliste aus einem Bezirk in den andern verzogen sind, in den Bezirk zurückgewiesen sind, in dem sie in der Wahlliste standen. Dies ist durch den Amtshauptmann in einer ungefährlichen Verfassung vorher mitgeteilt worden. Bei solchen Ungefehrlichkeiten soll man nicht schematisch berechnen, sondern die Wahl muss wegen der Ungefehrlichkeiten für ungültig erklärt werden.

Wellstein (B.) bestreitet, daß die Wahlprüfungscommission zu Unrecht erkannt hat. Die Commission kann nur das Material prüfen, sie kann nicht selbst im Wahlkreise Untersuchungen anstellen.

Gevert (SD.) protestiert gegen die fortgesetzten Ungefehrlichkeiten, die im Wahlkreis vorgekommen sind, und fordert den Reichstag auf, dem Verfahren der Commission nicht seine Zustimmung zu geben.

Brühn (Ant.) : Abg. Singer kennt die Vorgänge nicht, wenn er von einer ungefährlichen Verfassung spricht. Auch im geheimen ist nicht dahin gewirkt, daß die verzogenen Wähler zurückgewiesen werden. Lebzigens hat Zimmermann auch noch die Mehrheit, wenn die Zurückgewiesenen den Gegnern zugeschlagen werden. Von einem ungefährlichen Zustandkommen der Wahl kann also keine Rede sein.

Lucas (M.) : Das Schreiben des Bezirkshauptmanns war überhaupt keine Verfassung, sondern eine höfliche Antwort auf die Anfrage des sozialdemokratischen Wahlkomitees. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Fischer-Berlin (SD.) : Das Schreiben an sich war keine Verfassung. Aber eine Verfassung war es, daß die betreffenden Wähler zurückgewiesen wurden. Und hiergegen protestieren wir.

Gevert (F.B.): Es steht fest, daß die Wahl in Kempten kassiert werden muß, weil dem Gesetz zuwider neue Wählerlisten aufgestellt worden sind. Ferner steht fest, daß der Bezirkshauptmann Korrekturen in den Wählerlisten vorgenommen hat. Das ist unzulässig. (Sehr richtig! links.)

Wellstein (B.): Die Aufnahme in die Wählerliste ist erforderlich für die Zulassung der Wahl, aber nicht ausschlaggebend für das Wahlrecht. Denn wir erklären auch alle Tage Stimmen, die in der Wählerliste gestanden haben, für ungültig. Wer aus dem Wahlkreis verzogen ist, ist meines Erachtens nicht mehr wahlberechtigt. In diesem Sinne hat auch der Reichstag bereits 1899 entschieden.

Dr. Bottkoff (F.B.) ist für Ungültigkeitserklärung, weil der Wahlkommissar öffentlich eine amtliche Kundgebung zuließ.

Gevert (SD.): Nicht das sozialdemokratische Wahlkomitee war im Zweifel über die Auslegung des Gesetzes, sondern es hat seine Anfrage an den Amtshauptmann gerichtet, um Klarheit zu schaffen; weil man bereits gehört hatte, daß Verzogene zurückgewiesen werden sollten. Das sollte festgenagelt werden, um den Protest darauf begründen zu können.

Fischer (SD.): Der Abg. Wellstein bestätigt durch

seine Ausführungen, daß nicht der Wahlkommissar und der Wahlvorsteher die Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Stimme haben. Bei der vom Abg. Wellstein angezogenen Entscheidung des Reichstages ist es charakteristisch, daß die Partei, der Herr Wellstein angehört, gegen eine solche Auslegung des Wahlreglements gestimmt hat. Man kann sich nicht auf das Wahlgesetz beziehen, denn dieses kennt nicht den Begriff der Nachwahl und Stichwahl, sondern nur das Wahlreglement, und dieses schreibt ausdrücklich für die Nachwahl dieselben Grundlagen, vor allem dieselben Wählerlisten vor, wie für die Hauptwahl. Danach müssen wir zur Ungültigkeitsklärung dieser Wahl kommen.

Grüber (B.) beantragt, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Zimmermann auszuführen. Brühn (A.) hält die Wahl Zimmermanns auch dann für gültig, wenn jene Wähler zu Unrecht zurückgewiesen sein sollten.

v. Niepenhausen (A.) stimmt dem Antrage Grüber zu, obgleich die Frage eigentlich schon genug behandelt ist.

Fischer-Berlin (SD.) daß er gegen den Abg. Wellstein keinen persönlichen Vorwurf erhoben habe.

Der Antrag Grüber wird einstimmig angenommen. Der Bericht über die Wahl des Abg. Zimmermann wird also an die Commission zurückgewiesen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Maab (A.), Eichweide-Schmalzalden.

Die Commission beantragt neue Beweisverhebungen. Lieberman v. Sonnenberg (A.) beantragt, den Bericht in die Commission zurückzuverweisen; er erwarte, daß die Commission die Wahl dann für gültig erklären werde. Es würde zu ungeheuerlichen Konsequenzen führen, wenn die Wahl Staabs für ungültig erklärt würde, weil sein sozialdemokratischer Gegenkandidat Hugo Landarm sei.

Dr. Müller-Meiningen (F.B.): Es handelt sich hier einfach um eine Rechtsfrage. Jeder Kandidat muss wählbar sein. Hugo war das aber nicht. Es steht und fällt also die Wahl mit der Entscheidung der Frage, ob Hugo landarm war oder nicht.

Der Antrag des Abg. Liebermann v. Sonnenberg wird abgelehnt und der Antrag der Commission angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Scherre (A.), Merseburg.

Die Wahlprüfungscommission beantragt Beweisverhebungen.

Dr. Renert (A.) beantragt, die Wahl sofort für gültig zu erklären.

Merten (F.B.) tritt für den Kommissionsantrag ein.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Bassermann (M.), Frankfurt a. O.

Die Commission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Fischer-Berlin (SD.): Die Wahl des Abg. Buchwald ist für ungültig erklärt worden, weil ein Minister ein halbes Jahr vor der Wahl den Konkurrenten gefragt hat, sie hätten nicht den richtigen Kandidaten. Wieviel mehr muß diese Wahl für ungültig erklärt werden, wo der Ministerpräsident wenige Tage vor der Wahl für den nationalliberalen Kandidaten agitiert hat. In Altenburg ist die Wahl kassiert, obwohl die Beeinflussung zugunsten des unterlegenen Kandidaten erfolgt war. Wollen Sie dasselbe nicht tun, wo die Beeinflussung zugunsten des siegreichen Kandidaten erfolgt ist? (Bravo b. d. Soziald.)

Wellstein (B.): In Altenburg handelte es sich um das außerparlamentarische Auftreten eines politischen Beamten. Was der Vorredner dagegen dem Ministerpräsidenten vorwirft, sind allgemeine politische Betrachtungen in einem Parlament. Das Recht, im Parlament für die staatsverhaltenden Parteien einzutreten, kann man den Ministern nicht nehmen. Von Wahlbeeinflussungen kann da keine Rede sein.

Fischer-Berlin (SD.): Eine stärkere Beeinflussung kann es garnicht geben, als wenn der Ministerpräsident im Herrenhaus die bürgerlichen Parteien auffordert, schon im ersten Wahlgange eine volle Einigkeit herzustellen. Was in Altenburg für den Minister gilt, das muß doch wenigstens in Frankfurt-Lebus für den Landrat gelten, der mit Bezugnahme auf den Abgeordneten Bassermann gefragt hat, man müsse es der Landbevölkerung leicht machen, den richtigen Kandidaten zu finden. Früher hat man auch das Zentrum nicht als staatsverhaltend angesehen. Was würde Herr Wellstein sagen, wenn ein Minister alle Parteien aufforderte, gegen das Zentrum zusammenzustehen. (Bravo b. d. Soz.)

Wellstein (B.): Ich will nur bemerken, daß ich weder der preußischen Regierung noch irgendeinem politischen Beamten das Recht vorbehalten will, für irgendeine Kandidatur einzutreten, wohl aber bleibt dem Ministerpräsidenten vorbehalten, wenn er im Parlament über die politische Lage spricht, die Bezeichnung „staatsverhaltende Parteien“ zu gebrauchen.

Bottkoff (F.B.): Meint auch, man müsse gegen das Vorgehen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten schärfen. Protest erheben. Seine Herrenhausrede sei entschieden eine Wahlbeeinflussung nach ihrem Zweck und ihrer Wirkung. Sämtliche Beamte müßten sie doch auch im „Staatsanzeiger“ lesen. Der erste Beamte soll die Wahlfreiheit hüten.

Spahn (B.) spricht im Sinne Wellsteins.

Lucas (M.): führt aus, der Reichskanzler spreche hier doch stets gegen die Sozialdemokraten. Sei das auch eine Beeinflussung oder solle man ihm den Mund verbieten?

Fischer-Berlin (SD.): Wenn die Sache so einfach läge, daß der Reichskanzler nur gesagt hätte, helft euch selbst, oder allgemein gegen uns polemisiert hätte, so hätten wir gar nichts dagegen, im Gegenteil, je mehr er gegen uns zu Felde zieht, desto angenehmer. (Lachen rechts und b. d. Nationallib.) Man muß schon nationalistisch sein, um sich wie Herr Baasche zu belügen, daß der Reichskanzler immer auf Bebel antwortet. (Heiterkeit.) Wenn Sie den Herrn Bassermann nicht so nötig brauchten wie das liebe Brot, so hätten Sie ihn nicht nach Frankfurt-Lebus geschleppt. (Unruhe b. d. Nationallib., Lachen rechts, Zustimmung b. d. Soz.) Und der preußische Ministerpräsident mußte im Herrenhaus ausdrücklich für seine Wahl eintreten, weil sonst ohne Herrn v. Bassermann die ganze Staatsordnung auseinandergegangen wäre. (Zuruf b. d. Nationallib.: Er ist ja gar nicht von.) Ha, in Zeiten, wo die Herren von der Börse gradezt werden, ist ja alles möglich. (Heiterkeit.) Nach der Vergangenheit des Herrn Spahn hätte ich solche Rede von ihm nicht erwartet. Früher ist er doch gegen den Amtsmissbrauch aufgetreten. Kassieren Sie jetzt die Wahl nicht, so geht Macht vor Recht. (Beif. b. d. Soz.)

Spahn (B.): Der Vorwurf des Abg. Fischer-Berlin gegen mich wäre nur dann richtig, wenn die Voraussetzung zutreffen würde, daß hier ein Amtsmissbrauch stattgefunden hat.

Hiermit schließt die Debatte.

Die Wahl des Abg. Bassermann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der freisinnigen Vereinigung mit Ausnahme des Abg. Bachnicke für gültig erklärt.

Damit sind die Wahlprüfungen erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Wahlkreises; wir werden über die Debatte morgen berichten.

Wahl am 29. März vergangene.

Donnerstag, den 29. März 1906.

Die Roll- und Blockwagenkutscher, Muaten und Packer Lübecks sind wegen Lohndifferenzen heute morgen in den Ausland getreten. Falle kein Arbeiter den Kämpfenden in den Rücken!

Zugang von Werkarbeitern nach Moisot ist feengenhalten, da 1800 Arbeiter der Metzgermeister ausgesperrt sind!

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinge u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserkradt und Ad. Hess ist seitens der Möbelfabrik, Drechsler, Maschinen- und Huldsarbeiter streng fernzuhalten.

Und dem Fleisch des Reichsrats Brecht wird uns geschrieben: Das gute Einvernehmen zwischen den Beamten und Arbeitern der Lübeck-Büchener Bahn einerseits und der Direktion andererseits zu fördern, ist angeblich das lebhafteste Bestreben des Direktors Brecht; so wurde wenigstens wiederholt bei feindlichen Anlässen betont. In der Praxis äußert sich dieses Wohlwollen den Arbeitern gegenüber recht sonderbar. Wie alljährlich wurden auch in diesem Jahre Gratifikationen verteilt; während Beamte und Vorarbeiter damit bedacht wurden, hatten die am niedrigsten bezahlten Arbeiter natürlich das Nachsehen. So geht es allerdings in der Regel: die besser bezahlten Leute erhalten Extravergütungen und die Arbeiter mit den schlechtesten Löhnen gehen leer aus. Selbstverständlichkeit gefordert. Doch auch sonst ist man bemüht, die Arbeiter zufrieden zu machen und sie von der Sozialdemokratie fern zu halten. Wenn sie eingestellt werden, so wird ihnen ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt, durch welches sie sich verpflichten, keinem sozialdemokratischen Verein beizutreten noch einen solchen zu unterstützen. Ob alle Arbeiter einen solchen Vertrag unterschreiben müssen, ist uns nicht bekannt. Bei einigen Arbeitern wird sogar im Hause herumgeschwärmt, ob sie auch verbotene, will heißen sozialdemokratische, Zeitungen und Schriften lesen. Ob für dieses Verbrechen besondere Strafen bestehen, entzieht sich unserer Kenntnis. Zweifellos gibt es nunmehr unter den Beamten und Arbeitern keine Sozialdemokraten, denn man hat es ja schwer auf weiß. Oder vielleicht doch? Das wäre aber eine große Undankbarkeit gegenüber der so wohlwollenden Direktion, die leider noch keine Mittel gefunden hat, auch die Gedanken ihrer Angestellten zu erforschen.

Alle Gewerkschaftsvorstände, welche die Jahresberichte des Arbeiters erläutern für die Mitglieder ihrer Organisation noch nicht abgezahlt haben, werden hierdurch aufgefordert, dies baldigst zu tun.

Gemeine Verleumdungen richtete am Donnerstag voriger Woche das Amtsblatt wieder einmal gegen die Sozialdemokratie, indem behauptet wurde, in dem Hamburger Vorort Hamm hätte der sozialdemokratische Büdelsdorf Gottesdienst gesäßt. Obwohl das direkt aus den Fingern gesogen war, verbreitete das amtliche Organ unserer Behörden den frechen Schwund mit schmackhaften Beihängen weiter, um seinen wenigen Lesern die Schlechtigkeit unserer Genossen in düsteren Farben vorzuhalten. Wir haben bereits Veranlassung genommen, die amtsblätterlichen Weckläufer darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Lügen sogar von dem in Betracht kommenden Pastor Ibach verurteilt wurden; natürlich reicht das Anstandsgefühl jener Leute nicht aus, um sie zu veranlassen, ihre Beschuldigungen zurückzunehmen. Jetzt muß sogar die Quelle dieses niedrigrächtigen Schwundes, die Hamburger Nachrichten, eine Erklärung bringen, in der es heißt: In unserem Mittwoch-Abendblatte haben wir eine Mitteilung gebracht, in der gesagt wurde, daß Sozialdemokraten am vorhergegangenen Sonntage den Gottesdienst in der Dankeskirche in Hamm gesäßt hätten. Am folgenden Tage wurde uns mitgeteilt, daß derartige Anklagewidrigkeiten nicht stattgefunden hätten. Wir haben daraufhin die nötigen Recherchen angestellt, welche gestern zum Abschluß gelangt sind. Nachdem dieselben ergeben haben, daß wir in der Tat von unserem Berichterstatter in mystifiziert worden sind, beilegen wir uns, die falsche Meldung zurückzunehmen und zugleich aus Kenntnis zu bringen, daß wir den Berichterstatter von jeder weiteren Tätigkeit für unser Blatt entbunden haben.«

Ergo dem also auch die Hamburger Schwundnachrichten der Wahrheit ihrer Meldung zugegeben mußten, unterlässt es das Amtsblatt, ein gleiches zu tun. Dieses schmückige Verfahren bildet eine praktische Illustration zu der fernzeit von einem hiesigen Rechtsanwalt mit Bathos ausgesprochenen Redensart von dem vornehm Charakter der Amtsblattredakteure. Zum Schlus möchtesten wir den „Lüb. Anzeiger“ noch den Vorschlag machen, den entlassenen Berichterstatter der „H. A.“ in ihrer Redaktion anzustellen; dorthin gehört dieses „vornehme“ Kerlchen.

In den Streit eingetreten sind heute morgen die hiesigen Roll- und Blockwagenkutscher. Bekanntlich hatten dieselben Forderungen aufgestellt, die sich in der Hauptstrophe auf die Festsetzung eines Minimallobes von 24 Mk. und die Regelung der Arbeitszeit erstreckten. Tariflich sollten diese Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf zwei Jahre festgelegt werden. Nachdem die Fuhrherren zunächst nicht auf die Eingabe der Lohnkommission reagierten, wurde beschlossen, den letzten Dienstag - Morgen die Arbeit ruhen zu lassen, falls nicht bis zum verflossenen Montagmittag eine Einigung erzielt sei. Nachdem die Fuhrherren sich dann zu Unterhandlungen bereit erklärt hatten, wurde der Termin der Arbeitsniederlegung auf heute, Donnerstagmorgen, verschoben. Eine gestern abend im Vereinshaus abgehaltene öffentliche Ratschläger-Versammlung hatte hierüber zu entscheiden. Nach Eröffnung derselben wurde zunächst Bericht von den Unterhandlungen mit dem Vorstand des Vereins Lübecker Fuhrherren gegeben. Aus demselben ging hervor, daß die Herren in der Hauptstrophe nur einen Wochenlohn von 22 Mark und gewünscht hatten. Bei letzterer Firma sollte damit aber das sog. Startengeld bestehen bleiben. Im Übrigen woll-

ten die Herren das Ende der Arbeitszeit anstatt aus sieben auf acht Uhr ebends festzigen. Der Nebenstundenlohn wurde von 50 Pf. (Forderung) auf 40 Pf. herabgedrückt. Weiter wünschten die Führer einen Tarifdauer von vier Jahren, trotzdem doch bei manchen Fütschern nur unzureichende Verbesserungen durch den Tarifvorschlag der Arbeitgeber geschafft waren. — Nach eingehender, in aller Ruhe geführter Debatte wurde nun in der gestrigen Versammlung in gehöriger Abstimmung mit 100 gegen 5 Stimmen beschlossen, vom heutigen Donnerstag ab die Arbeit ruhen zu lassen. Vorher war, gleichfalls in geheimer Abstimmung, mit 100 Stimmen gegen 1 Stimme der Vorschlag der Arbeitgeber, in erneute Verhandlungen zwischen den einzelnen Fütschern und ihren Fütschern einzutreten, abgelehnt. — Der Stiebel der Roll- und Blodwagenfütser, Matzen und Bäcker ist damit perfekt. Auch sie wollen sich ein besseres Dasein erkämpfen, wollen nicht mehr bei langer Arbeitszeit und langem Lohn dahinvergehen. Mit Interesse wird die gesamte Lübecker Arbeiterschaft diesen Kampf verfolgen und den Kämpfern ihre Sympathie zollen. — Im allgemeinen ist heute Morgen die Arbeitssuhe in befriedigender Weise durchgeführt worden. So war haben einige Führer Zuflucht zu den sogen. „Hofstettensichtern“ genommen; die Streitenden können ihnen jedoch gerne diese „teuren“ Arbeitskräfte. — Zu die Streitfälle eingetragen sind heute morgen 102 Streitende.

Der Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag den 2. April 1906 stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anteile des Senates: 1. Erschließung neuer Einnahmequellen für die Staatsschäfte beginnend die Kasse der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten. 2. Nachbewilligung auf die Ausgaben für die Betriebsverwaltung des Seebades Travemünde im Rechnungsjahr 1905. 3. Errichtung der Stelle eines pensionsberechtigten Hülfsarbeiter bei der Allgemeinen Armenanstalt. 4. Errichtung einer Stelle eines pensionsberechtigten Hülfsarbeiter für das Bureau der Oberschulbehörde. 5. Bewilligung einer persönlichen pensionsfähigen Gehaltszulage an den Katasterdirektor Viegel. 6. Errichtung der Stelle eines Registrators im Finanzdepartement. 7. Erhöhung der Bezüge und der Zahl der pensionsberechtigten Hülfsarbeiter.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Vornahme unsachlicher Handlungen an Kindern wurde der Händler D. aus Gutin zu 6 Monaten Gefängnis ver-

urteilt. — Der Nachl. Sch. aus Oberwohlde hat einem Kollegen ein Paar Stiebel gestohlen; da der Angeklagte schon wegen Eigentumsvergehen vorbestraft ist, lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter K. in Fadenburg soll den Hühnerstall des Erbprächters M. in Groß Stauratz einrochen und da aus 2 Stühlen gestohlen haben. Er bestreit seine Schuld, obwohl die Verdachtsmomente stark gegen ihn sprechen. Zwecks weiterer Beweisherabsetzung wurde die Sache vorläufig. — Die Arbeiter M.-l. Sch. und M.-l. sollen zwei gestohlen haben; deshalb erhält M.-l. 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, Sch. und M.-l. je 4 Monate Gefängnis zugeteilt.

Eine Versammlung der freisinnigen Volkspartei, die in den „Centralhallen“ tagte, nahm nach einem Plenum des Reichstagabgeordneten Stöckl folgende Resolution an: Die vom Verein der freisinnigen Volkspartei in Lübeck nach den Centralhallen einberufene Versammlung erachtet den Reichstag, alle Erhöhungen indirekter Steuern, Tabak- und Brausteuer und die Einführung verlebendlicher Reichstempelsteuern abzulehnen, dagegen eine Besserung der Reichssummen durch eine zweckentsprechende Reform der Brantweinstuer und unter Schonung der schwachen Schütern durch direkt, alle Gewerbstände gleichmäßig trassende Reichsteuern herbeizuführen.

Ein Einbrecher hatte sich in die Herren-Toilette der Stadthalle eingeschlichen, jedenfalls um sein sauberes Ge- werbe auszuführen. Als er von einem Beamten der Wach- und Schließgesellschaft überrascht wurde, zog er einen Revolver und drohte dem Wächter mit Einschießen, wenn er Lärm mache. Dann sprang er zum Fenster hinaus und entfloß.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: Freitag findet die Erstaufführung von „Edwig glaubt“, biblisches Drama von Dr. Herm. Stöckl statt. — Sonnabend wird als vorletzte Schiller-Klassiker-Vorstellung „Faust I“, die gesamte Tragödie von Goethe, an einem Abend gegeben. Die Vorstellung, bei der jeder Platz des Theaters 50 Pf. kostet, beginnt daher um 7 Uhr.

pl. Unterschlagung. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Eichenbarleben, der sich der Unterschlagung von Geld zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig gemacht hat.

pl. Gestohlene Enten. Aus einem Garten am Burg-

felde wurden in verflossener Nacht 4 weiße Enten gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.
pl. Geheime Männer. Gestern Abend, den 28. d. M., erschien in einem hierigen Juwelergeschäft ein gut gekleideter Herr und kaufte sich einige kleine Gegenstände im Werte von 8 Ml. Bei Bezahlung legte er einen Hundertmarkstetzen auf den Ladentisch. Als der bedienende Konservierer auf den Hundertmarkstetzen herausgegeben hatte, verstand es der Unbekannte beim Fortnehmen des Geldes auch den Hundertmarkstetzen an sich zu nehmen. Der Unbekannte wird beschrieben: etwa 25 Jahre alt, 170 Meter groß, blondes Haar, blonde kleinen Schnurrbart, schlank Figur. Bekleidet ist derselbe mit dunklem Überzieher, schwarzen Bezzlagen, schwarzen steifen Hut.

pl. Entwendeter Alsheimer. In der Nacht zum 18. d. M. ist ein vor dem Hause Gürtelstraße Nr. 10 aufgestellt gewesener neuer Zinneimer (Alsheimer) mit festem Deckel gestohlen worden.

pl. Güterdiebstahl. Ermittelt wurden 7 Rutscher eines hierigen Fuhrge häfts, welche Diebstähle von Gütern, die sie von dem Güterschuppen nach den Schuppen des Travegestadeß zu transpor tieren hatten, ausgeführt hatten. Bei den vorgenommenen Haussuchungen wurden eine Menge der gestohlenen Güter vorgefunden. Große Rutscher gerieten in Haft.

pl. Gestogenommen wurde ein Dienstmädchen von hier, die sich des Diebstahls zum Nachteil ihrer Herrschaft schuldig gemacht hatte.

Sonderburg. Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter haben am Montagnachmittag die Arbeit eingestellt. Die Vertreter der Unternehmer hatten in einer mündlichen Verhandlung mit den Arbeitern das Versprechen abgegeben, für einen Stundenlohn von 51 Pf. für Maurer und Zimmerer und 41 Pf. für Bauarbeiter in der Unternehmerversammlung einzutreten. Nach der Versammlung der Unternehmer am Montagnachmittag erhielt jedoch die Lohnkommission die Nachricht, daß die Unternehmer nicht mehr als 50 resp. 40 Pf. Stundenlohn zugesetzen wollten. — Zuwa ist strena fernauhalten.

Arbeitslasten.

pl. Die Innung hat unseres Wissens hier nichts zu sagen.

N. N. Sie müssen uns doch Ihren Namen angeben, ehe Sie Ansprüche auf Aufnahme Ihres Eingeländis erheben. Selbstredend bleibt Ihr Name Redaktionsgeheimnis.

Danksagung.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreichen Frau und unserer lieben Mutter sagen hiermit allen Beteiligten, besonders Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte innigsten Dank

L. Dedow nebst Kinder.

Unserm Gefangene H. Bartels zu seinem hundertjährigen Wiegenseite ein donnerndes Hoch
Gesangverein Freisch. Auf. Wohlting.

Zu verm. eine leere heizb. Stube
Gegebergstraße 4.

Zum 1. Juli eine kleine Wohnung
im Preise von 130 Ml. zu vermieten
Stielnaderweg 7, im Flügel.

Zu vermieten zum 1. Juli eine Wohnung im Preise von 140 Ml.
zu erfragen
Bedergrube 71, part. links.

Schöner Barbier-Laden
mit Gas und Wasser zum 1. Juli zu vermieten
Vgl. Lohberg 1.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung im Preise bis zu 220 Ml. vor dem Burgtor, nahe der Stadt.
Off. u. 2212 an die Exped. d. Bl.

Kinderlose Eheleute suchen zum 1. Juli Wohnung im Preise von 160—180 Ml.
Ang. u. W 36 an die Exped. d. Bl.

Gesucht von einem Parteigenossen 30 Mark gegen Sicherheit und Zinsen.
Off. u. W 560 an die Exped. d. Bl.

Büro für Renten. Ein gut verzinsbar. Hans, nicht über 12000 Ml. bei 1000 Mark Anzahlung zu kaufen gesucht.
Ang. u. E 11 an die Exped. d. Bl. erb.

Eine fast neue Rosseemühle
mit Schwungrad billig zu verkaufen
Glandorpsstraße 2.

Eine Handhormoniko, unterhalt., für 12—18jähr. Kunden billig zu verkaufen.
Näheres Roserstraße 14/2.

Billig zu verkaufen: 1 Laden-Hängelampe,
1 Schaukasten-Borsig, 1 Kinderwagen, 1 Bierwichter
Gutelestraße 6.

Rosenkartoffeln und Sommer- u. Winter-
Zwiebeln Fackels
billig zu verkaufen Reiserstraße 39 a

1 Kinderwagen u. 1 Sommerjackett
billig zu verkaufen Ludwigstraße 25

Sehr guterhaltene Schneidernähmaschine
(Minghishischen) zu verkaufen
Wiededestraße 70, pt.

Da beleben mittags von 12—2 Uhr
Gute Brüderet-Einrichtung
zu sofort oder später zu verkaufen Offert unter
B. E. K. an d. Exped. d. Bl.

6 junge Kaninchen mit Stoff
zu verkaufen.
Sanktstraße 3 a, part.

Eine große Partie
gute geräucherte Mettwurst (etwas fett)

per Pfund nur 80 Pf.

empfiehlt
Carl Junge, Wahnstraße 14.

Billig zu verkaufen: „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“ und „Die Königstochter im Irrkreis“. Engelswisch 10, 1.

Haus in der Schlumacherstraße
enthaltend 2 kleine Wohnungen, zu verkaufen.
Näh. Drägerstraße 22, part.

Währthenfränze
werden billig gebunden von
Edu. Böls, Moislinger Allee 16.

Gesunden eine Damenuhr
vor dem Burgtor. Gegen Erstattung der Infektions-
losen Ernststraße 25

Bommerlunder
feinster Tafel-Getreide-Aquavit

Eduard Cohn, Glaser,
wohnt jetzt: Böllowstraße 11.

Aug. Vahl, Zöpfmeister
wohnt jetzt
Warendorpstraße 64.

Karl Kolz, Schuhmacher, fr. 20
empfiehlt sich
zu allen in seinem Fach vorkommenden Arbeiten.

Scherm's
Reisehandbuch

für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1.50 M.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Ankerstraße 20

Jeden Dienstag und Freitag:
Frisches Schwarzwälder
Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.

Große Auswahl
in Konfirmations- und Oster-Karten.
Grüne Rabattmarken.

H. Jäger, Winkenhausen 12.

Empfiehlt sehr hohe
geräucherte Mettwurst
Pfund 80 Pf.

Eiswurststraße. E. Wils.

Jeden Sonnabend:
Herr. Mocturtle-Ragout.

Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.

Eine große Partie
gute geräucherte Mettwurst (etwas fett)

per Pfund nur 80 Pf.

empfiehlt
Carl Junge, Wahnstraße 14.

Durchbruch bringe ich allen meinen 1 Gästen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage mein seit 24 Jahren betriebenes

Restaurant

Herrn Robert Mihr

→ übergeben habe. ←

Für das mir während dieser Zeit reichlich entgegengebrachte Vertrauen herzlich dankend, bitte ich, daßselbe auch meinem Nachfolger erhalten zu wollen

Hochachtungsvoll
Fr. Pritzkow.

Bezugnehmend auf obige Annonce bitte ich ein verehrtes Publikum, das meinem Borgäger zeichnete Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.

Indem ich für gute Speisen und Getränke Sorge tragen werde, bitte ich, mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen und zeichne

Hochachtungsvoll

Robert Mihr,
Fr. Pritzkows Restaurant Nachf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Berliner Volks-Zeitung

für Freiheit und Recht.

Chefredakteur: Karl Vollrath.

Täglich zweimal erscheinend.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ mit ihrem

reich illustrierten Sonntagsblatt

ist die billigste Zeitung.

Wegen ihres in der ganzen deutschen Presse einzige

durchgehenden „Arbeitsmarkts“ für jeden Arbeit-

geber und Arbeitnehmer unentbehrlich.

In jeder Zeile interessant ist der Inhalt der „Berliner Volks-Zeitung“.

Frisch, schneidig, unerschrocken

ist die Devise, unter der die „Berliner Volks-Zeitung“ redigiert wird.

Im nächsten Quartal gelangt zum Abdruck:

„Bauberkreise“ von Marie Stahl.

Dieser Roman der beliebtesten Schriftstellerin schildert die Schilder

und Krisen einer Berliner Kaufmannsfamilie mit Lebenskenntnis

und treffender Charakteristik.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten

nur 80 Pf. monatlich

oder 2 Ml. 40 Pfennig vierteljährlich. Proben um in keinem Kosten los.

Annoncen in der weitverbreiteten Berliner Volks-

Zeitung anerkanntermaßen von großer Wirkung.

Expedition der Berliner Volks-Zeitung

Berlin SW. 19.

Spiegel-

Auf alle Waren Rote Rabattmarken.
blaue Fußböden erzielt man durch Ge-
brauch meines Fußbodenlacks, in
10—15 Minuten seihart trocken, so
wie durch meine best eingeführten
Fußboden-Hartglanzöl Veritas'
gef. gesch. Nr. 74227.
Duroleum, Hansööl,
in 4 bis 6 Stunden trocknend.
Dielenöl, Voröl, Leinöl,
Hirsch, Fußbodenbeläge,
hochfeine Bronzen,
in Padaten von 10 Pfennig an.
Zeinste in Öl geriebene Farben
genau nach Muster sofort streichfertig.
Pinsel — Würstenwaren,
Bement — Kalk — Kreide,
Carbolineum, Holz- und
Steinkohlenteer,
Dachpappen in Rollen
und meterweise
Auf alle Waren Rote Rabattmarken.

St. Lorenz-Drogerie

Carl Schmidt
Lindenstraße 37a
Ecke Meierstraße.
Fernruf 773.

Aussichten ergeben meine billigen Preise
Früher M. 120.— jetzt M. 85.—

Florett-Fahrräder
alle voran!
Ba. Material, 2 Jahre
Garantie! Freilaufnabe Torpedo M. 15 mehr
Mantel von M. 3,50 an, Schläuche M. 2,80,
Achsen-Laternen M. 2
H. A. Hill, Fahrrad Verband, Joha.
nirkt 9 Ambos-Fahrräde.
M. 75, 1 F. Gar. Außerdem führe Brennabor,
Panther- und Claus-Pfeil-Räder.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.

find vortheilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. u. a.:
Leberhosen 1,80—6,45
Maurerhosen 2,60—6,75
Schlosserhosen 1,88—5,25
Leberzehshosen 0,88—2,88
Zwirnhosen 1,38—3,28
leinene Jaden, Schräge und gerade, 1,23
Jaden, Hemden, Schlauchjaden, Friseurjaden.
Röter-Mantel erstaunlich billig.
Räder von 30 Pf. bis 1,80 M.
Räder von 30 Pf. bis 1,80 M.

Hochf. gekochte Mettwurst
1. und 2. Sorte,
Hochfeine Leberwurst
1. und 2. Sorte,
Hochfeine Sardellenwurst
sowie
sämtlichen Aufschnitt
in tabelloser Güte.

Heinr. Muhly, Holstenstr. 14.



Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lübeck-Marker.

Sie erhalten Lübeck-Marker
ausgewählte empfohlene Sorten nach auch
empfohlen untere

Wasche mit
Henkel's
Seife
zu haben

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum erlaube ich mir hiermit ergebenst anzusegnen, dass ich am heutigen Tage, **6 Uhr nachmittags** — **Schwartzauer Allee 13** — ein

en detail- und en gros-Geschäft

in Papier- u. Papierwaren, Schreib- u. Zeichen-Materialien, Schulartikeln, Kontormöbeln, Zigarren, Zigaretten, Tabaken, Majolika-, Glas- und Porzellan-Waren

eröffne. Um geneigtes Wohlwollen bittend, werde ich stets bemüht sein, meine Kunden aufs beste zu bedienen.

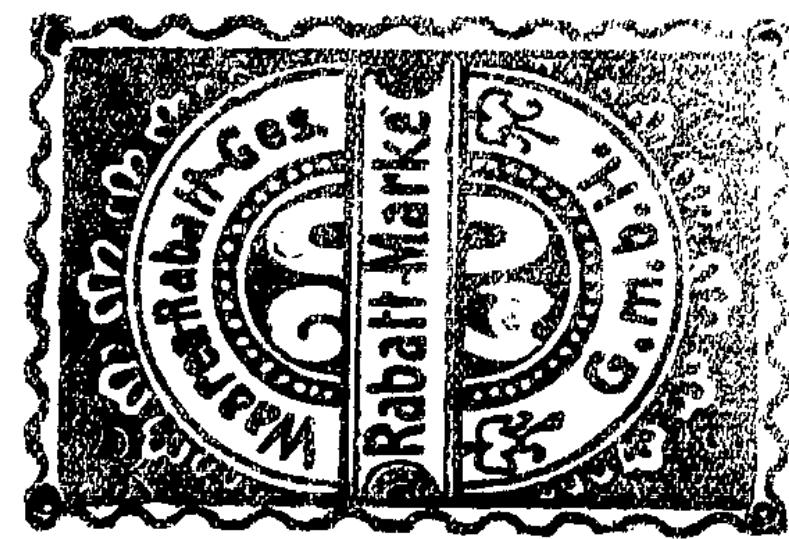
LÜBECK, den 29. März 1906.

Otto Stodte.

Nächster Gratismarken-Tag

Sonnabend, 31. März.

10 Schließfunden 10



10 Schließfunden 10

(Zwischen je 10 Gratismarken muss sich eine grössere Anzahl gesammelter Marken befinden.)

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich ein
Südschnitz-, Brod-, Bier-, Kartoffel- und Feuerungsgeschäft

verbunden mit Fisch und Konserven

und bitte das geehrte Publikum, bei Bedarf gütigst mein junges Unternehmen zu unterstützen,

da ich nur gute und billige Ware führe.

Hochachtungsvoll
Friedr. Schultz
Engelsgrube 2.

Zur Konfirmation

empfehlen unzwe

Gratulationskarten in feinster Ausführung
und grosser Auswahl.

Neue Lübecker Gesangbücher
elegant gebunden zu verschiedenen Preisen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Holzarbeiter-Verband.

Außerordentliche

Mitglieder - Versammlung

am Freitag den 30. März 1906

abends 8 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Wichtiger Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Die Lokalverwaltung.

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit einem geehrten Publikum von
Rensfeld, Schwartzau u. Umg.
die ergebenste Mitteilung, daß ich am Sonn-
abend den 31. d. M. am Pariner Weg
ein Kolonial- u. Feink.-Geschäft
eröffne.

Indem ich gute und reelle Ware zuschaffe, bitte
ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Heinrich Borgwardt.

Frisches Wildfleisch Psd. 40 Pf.

empfiehlt

C. Beerkart, Große Dorothee 38.

Achtung Bauarbeiter!

Versammlung

der Bau-Delegierten
am Freitag den 30. März 1906

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Auf den Bänken, wo noch keine Delegierten
gewählt sind, müssen die Wahlen bis Freitag statt-
gefunden haben.

Der Vorstand.

Versammlung

aller
auf der Hoch'schen Schiffswerft
beschäftigte Arbeiter
am Donnerstag den 29. März

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52
Der Einberafer.

Panorama

Brückestraße 53, I. Etg.

Schweiz

Schaffhausen, Rheinfall,
Tamina-Quelle, Zürich etc.

Hansa-Theater

Vorletzte Vorstellung
des sensation. 2. Spielplans.

Vorverkauf in Sager's Zigarren-
gesch. bis 5 Uhr nachm u. mittags
von 11—1 Uhr an der Theaterkasse.

Stadthallentheater.

Freitag den 30. März, 7½ Uhr.
Erstaufführung.

Königsglaube.
Biblisches Drama in 5 Akten von
Dr. Herm. Stodte.

Sonntagn: 3. der Platz 50 Pfennig.
Die gesamte Tragödie.

Faust I.
Sonntag 4 Uhr: Stiftungsfest.
7½ Uhr: Hugenotten.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 75

Freitag, den 30. März 1866

13. Jahrgang

Arbeiter, lest die Arbeiterpresse!

Es war einmal... Das liegt wie ein Märchen — aber es ist kein Märchen, obwohl es von märchenhaft vorzkommen mag — es war einmal ein Gymnasiadirektor und dieser Direktor war ein vorurteilsloser und verständiger Mann. Dieser Mann, der vor einigen Jahren verstorbene ehemalige Geheime Ober-Schulrat Professor Dr. Schiller in Glück, sagte zu seinen Abiturienten in der Abschlussrede: „Sie haben eine unheimliche Achtung vor dem gedruckten Worte; was Sie in irgend einem Buche, und sei es der abgeschmückte Schmäler, oder in irgend einer Zeitung, und sei es das allerseitigste Rätselrätsel, lesen, halten Sie für unumstößlich wahr, und zwar nur deshalb, weil es gedruckt ist. Sie sind jederzeit bereit, statt selbst zu denken, Ihren gefundenen Menschenverstand in die Ecke zu stülpen und schilllos jedem Schreibfleck unterzuordnen, bis der Gehirnlasten den Sezessionskrieg passiert hat. Selbst Druckschriften sind Ihnen heilig. Für Sie ist jeder Waschzettel ein Ketzerschmied. Ich habe mich redlich bemüht, Ihnen diesen Autoritätskult auszutreiben; aber der Erfolg war leider nur der, daß Sie an die Stelle der einen Autorität die andere gesetzt. Dann endlich werden Sie lernen, statt zu denken und zu glauben, zu denken und zu denken.“

Wir wollen diese scharfen Worte, die ein bürgerlicher Schulmann den angehenden Söhnen des kapitalistischen Staates zueischt, den Arbeitern nicht zuwenden, weil wir wissen, daß die Arbeiter die mittler im Dateinstreit sieben, einen viel schärferen Wahrheitsinstinkt besitzen als die der Welt ferngehaltenen Bourgeoisie, die auf den Gymnasiumsbänken. Aber auch für die Arbeiter, die nach der schweren Tagesarbeit eine Zeitung, die oft ihre einzige Zeitkunst ist und bei ihrer beschäftigten freien Zeit kein kann, in die Hand nehmen, besitzt das gedrückte Wort eine verschärfende Einflößungsfähigkeit und prägt sich bei steter Wiederholung als Ketzerschmied Wahrheit ein. Es ist deshalb durchaus nicht gleichgültig, aus welcher Zeitung sich der Arbeiter über die Tagesneuigkeiten unterrichtet; denn eine wirkliche Objektivität existiert nicht. Selbst ein Nachrichtenblatt, das nur unkomplizierte Telegramme bringt, sollte nicht farblos sein, da bereits die Depeschen des offiziellen Telegraphen gefärbt und nach offiziellen Interessen modelliert sind. Außerdem ist sie jede Zeitung eine Auswahl und Ordnung der verschiedenen Nachrichten unbedingt notwendig, wobei die Abmilderung der Bedeutung dieser nur auf Grund eines bestimmten Interessen-Prinzips durchführbar ist. Selbst das Lumpenstück Blatt muß deshalb eine Richtung haben und schließlich ist jährliche Richtungslosigkeit und Charakterlosigkeit auch eine Richtung und auch ein Charakter. Sogar die Farblosigkeit läßt ab. Wer täglich ein Blatt liest, in dem jeder Mord zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht, in dem über die gleichglücklichsten fürstlichen Familienverhältnisse — wir erinnern nur an Berlins Silberhochzeit — mit großspuriger Wichtigkeit geratscht und geklatscht, in dem, um keinen Geschmack zu beleidigen, stets nur ohne Pfiffer und Salz gekocht wird, der wird durch die Färbtheit dieser täglichen Umgangs unschwer angestellt, zumal wenn er sich erahnt, daß das betreffende Blatt, weil es zwangsweise Abonnentenfang Unfall-Geschäfte zahlt, seinen eigenen Interessen dient.

Selbst für den, der sich bereits eine geschlossene Weltanschauung erlämpft hat, würde die ausgleichslose Zeitkunst derartiger Blätter schädlich sein, weil er aus dem verwüsteten Geschäftszusatz ihrer Fabrikanten allzu verallgemeinernde Schlüsse zieht und die Schirmvertheidigung für eine Beikrankheit hält, während sie doch nur eine Stoffenscheide ist. Bis zu einem gewissen Grade bewohnt ja den Arbeiter sein Geschäftskabinett vor völliger Verküpfung; aber auf diesen Instinkt wählt die stete Zeitkunst bürgerlicher Blätter nicht ansonsten sondern niedrigkämpfend, nicht durchleuchtend sondern

vertuschen, und das um so leichter, als die Verwischung des Klasseinstinkts schon das Bestreben von Schule und Kirche gewesen ist. Sein Instinkt treibt nach vorwärts, seine geistige Nahrung nach rückwärts. Es entsteht ein Neutralisationskampf, wobei der anerzeugte Autoritätskult der geistigen Nahrung oft so sehr zu Hilfe kommt, daß der Besitzer seiner natürlichen Instinkte als naturwidrige Sünden verurteilt. Begeht er dagegen seine geistige Nahrung aus einem Arbeiterblatt, dann treiben Klischee und Instinkt in derselben Richtung und verdoppeln ihre Wirkung gegenseitig. Hier Kraftkluhe, dort Wafferkuppe!

Wir verlangen keineswegs von dem Arbeiter, daß er die Arbeiterpresse für ein Evangelium nimmt, er soll sie nicht gläubig, sondern kritisch lesen; aber er soll sie wenigstens lesen, um zu erkennen, wo seine Interessen vertreten und wo sie vernachlässigt und bekämpft werden. Er kann die Zeitungslektüre nicht entbehren, wenn er nicht in mittelalterliche Barbarei versinken will; denn er hat in der Schule keine Bildung gelernt, sondern mit Lesen und Schreiben nur die Mittel, sich zu bilden. In einer systematischen Buchkunde fehlt ihm meist die nötige Muße, so ist er dann zunächst auf die Zeitung angewiesen. Eine Zeitung muß er zweiflos haben. Aber weshalb will er sich ein bürgerliches Blatt halten, das seinen Interessen niemals aufrecht dienen kann, da es entweder direkt einer arbeiterfeindlichen Partei oder den perfektären Interessen einer kapitalistischen Elitie dient, statt auf die Arbeiterpresse zu abonniert, die im Interesse der Arbeiter steht, der Kontrolle der Arbeiter unterstellt ist und ihre Überzeugungen wieder der Arbeiterbewegung gewendet?

Gerade gegenwärtig, wo Wahlkreisraub und Wahlkreisvorbehaltung die Arbeiter politisch, wo Gewerkschaft und neue indirekte Steuern sie wirtschaftlich bedrohen und bereits schwer zu schädigen beginnen, wo große unabwendbare Wahlkämpfe bevorstehen und das fest geschlossene und organisierte Untermenschentum bei der geplanten Verarrestierung die Geisel der Auspferzung auf dem Rücken der Arbeiter tragen läßt, gerade gegenwärtig muß sich der Arbeiter täglich aus der Arbeiterpresse über seine ureigensten Interessen unterrichtet halten. Nichts dummeres könnte er tun, als in dieser Zeit, in der die Arbeiterschaft alle Kräfte sammelt und anspannen muß, seine freien Stunden mit der Lektüre bürgerlicher Blätter totzuschlagen, die über bloßen Diplomatschwindel, wie die Algarve-Konferenz, über militärische Feste und höfische Beilagen poltern lange Artikel bringen, alle Angriffe der Regierung, der Klassenzunft und des Unternehmertums auf die Interessen der Arbeiterschaft dagegen wohlweislich verschweigen oder in das Gegenteil verdrehen!

Arbeiter, lest die Arbeiterpresse! Abonnent unverzüglich auf Euer Blatt, auf den „Lübecker Volksbote“.

In Osnabrück traten wegen Lohnfragen nach vorangegangener Kündigung in den Ausstand. — Im Bielefelder Weihenreiter und Münzelwischer Braunkohlenreiter sind die Wurzel gespalten. Die Bergarbeiter haben beschlossen, sich nicht länger von den Grubenbesitzern verhöhnen zu lassen, sondern möglichst sofort die Arbeit niedergulegen. — Der Ausstand in der Elsener Fabrik hat erfolgreich für die Arbeiter gearbeitet. — Die Lohnbewegung der Hasen- und Speicherarbeiter des Dresdner Bezirks hat eine befriedigende Lösung gefunden. — In Frankfurt a. M. streiken 500 Tischler. — Die Burenangesteller in Königsberg sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — 1000 Schneider und Schneiderinnen befinden sich seit einer Woche in Königsberg im Streik. — Die Lohnbewegung der Schuhmacher in Mannheim ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. — Die Schneider in Bochum sind in den Ausstand getreten.

Liebknecht und Ross. Im Zwidauer „Sächsischen Volksblatt“ erzählt der Wochenplauderer: Nun ist auch Johann Ross heimgegangen. Ein Stürmer und Dränger war eigener Art war unser „Johann“ schon in seinen besten Tagen, wie ich ihn kannte, da er noch in Chemnitz häusle und ab und zu auch in Dresden sprach. In Feuer und Redefluss kam ihm kein anderer gleich, auch in Radikalismus war er uns anderen allen über. Dem gemäßigt auftretenden Bielefeld gegenüber, der immer würdevoll und abgewogen sprach, war Johann Ross das direkte Gegenteil, die beiden standen sich darum auch nie so recht Freund werden. Fleißig, eine Arbeitelos, schnell auffassend und ebenso schnell in die Tat umsetzend — auch wenn das in sich Aufgenommene noch nicht ausgereift war — das war Johann Ross und es war Genossen Liebknecht nicht zu überbieten, daß er den „Zwischen“ aus Wien, her eines Tages in der Fächerstraße zu Leipzig in der Redaktion des „Volksstaates“ in der Person Ross erschien, etwas misstrauisch musterte. Nach Liebknechts Mitteilung gestaltete sich das erstmalige Zusammentreffen der beiden folgendermaßen: Ross: Guten Tag! Ich bin Johann Ross aus Wien und stelle mich der Partei zur Verfügung. Liebknecht: Na, 's ist recht! Aber bei uns müssen Sie vor allem was lernen! — Dieser kurze Dialog war charakteristisch für beide Männer. Seit diesen Tagen wußten beide auch, was sie von einander zu halten hatten. Nebstens hat Liebknecht den jährligen Ross als Agitator jederzeit volle Bereitschaft widerfahren lassen.

Aus Sach und Zeit.

Deutschnationale Radikalhelden. Vor kurzem wurde bekanntlich im Rechtinger der Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung (Antisemiten) verhandelt, der angeblich gewaltsame Siedlungen von Versammlungen verhindern soll. Bekanntlich hat es gerade die Antisemiten, die im Süden von Versammlungen eine gewisse Virtusität besitzen, und es macht sich sehr recht, wenn gerade deren Vertreter, u. a. auch die Abgeordneten Schad und Raab sich unter den Antragstellern befinden. Aus Dresden der Handlungsgeschäftsverein wird der „Sächs. Arb. Ztg.“ denn auch zu dieser unerhörten Spiegelchterei der Antisemiten geschrieben, daß beispielweise von den deutschnationalen Handlungsgeschäften im Dresden Versammlungen des Centralverbandes der Kaufleute dagegen von Malen in der unanständigsten Weise geprägt und deshalb aufgelöst worden sind. Selbst Frau Doctor, die einmal als Referentin auftrat, war nicht vor den Fleigeliern dieser Gesinnungsgenossen der antisemitischen Reichstagsabgeordneten sicher. Und da wollen sich diese Antisemiten als die unschuldigen, von den bösen Sozialdemokraten verfolgten Männer hinstellen! — Zu demselben Thema wird der Erfurter „Tribune“ aus Wöbbelsdorf geschrieben: „Bei dem Antrag der Antisemiten, Versammlungsfreiheit betreffend, kann auch von hier ein Beitrag geleistet

„daß diese Nachricht ist sehr dringend.“ begann Tanner wieder, „und betrifft auch mich, sagen Sie?“

„Betrifft Sie alle, und jede Minute ist von der größten Wichtigkeit.“

„Ich wäre gerne selbst mit Ihnen gegangen, dann hätte kein Drama vorkommen können,“ sagte Tanner, „aber das kann nicht sein, wir haben um halb Neun Uhr eine Versammlung in unserem großen Saal. Ich verstoße nicht gern gegen die Statuten, besonders in einer solchen Angelegenheit, und doch, wenn es uns alle angeht, wie Sie sagen, und wenn es so dringend ist, dann sehe ich nicht, was es schaden könnte, — ich würde, ich wäre ganz sicher, daß Sie auch wirklich meine Tochter sind.“

„Wie kann ich Sie zufrieden stellen?“ fragte Sybil, wie auf Kohlen schreibend.

„Vielleicht hat die junge Dame Gelehrten an Ihrer Tasche,“ meinte seine Frau, „Haben Sie vielleicht ein Taschentuch, Madame?“ und sie nahm Sybil's Taschentuch und betrachtete jede Ecke. Es war nicht gezeichnet. Dieser unvorhergesehene Umstand, der großen Argwohn erregte, würde alles verdorben haben, wäre mit dem Taschentuch nicht zu gleicher Zeit ein Brief Sutton's, an sie gerichtet, zum Vorlesen gelommen.

„Sie scheinen die Dame zu sein,“ bemerkte nun die Frau.

„Gut,“ sagte Tanner, „Sie kennen St. Martins Lane? Gut, — Sie gehen St. Martins Lane hinauf bis zu einem gewissen Punkt, wo Sie nach Seven Dials (eine der berühmtesten Gegenden Londons, wo sieben Gassen zusammenlaufen) kommen, und dann gehen Sie links weiter. Doch es ist unmöglich, Ihnen eine genaue Beschreibung zu geben. Sie müssen selbst den Weg finden. Auf Hunt Street, Ecke der Silver Street N. 22. Es ist da eine Goddesse, mit keinem Ausweg vorne; aus dieser gehen Sie seitwärts in einen Durchgang. Sie können das doch behalten?“

Sybil.

Gothalpolitischer Roman von Disraeli.
Uebericht von Matilde Liebknecht.

49 Fortsetzung.

„Gut, Sie können hier hereingehen, wenn es Ihnen beliebt,“ erwiderte Tanner mürrisch. „Es ist nur meine Frau da,“ und er führte sie in eine kleine enge Stube, die mit Bildern von Thomas Poole, Cobbet, Thistlewood und General Jackson geschmückt war, und in der ein Feuer brannte, obgleich es ein heißer Juliabend war. Die alte Frau, welche Grog trank und Polizeiberichte las, sah Sybil unglücklich an, während Tanner, nachdem er die Tür zugemacht, kurz fragte: „Also, was wollen Sie?“

„Ich möchte Walter Ward sehen.“

„Wüssten Sie wirklich?“

„Nad,“ fuhr Sybil trotz seines spöttischen Tones fort, „ich bin gekommen, um von Ihnen zu erfahren, wo ich ihn finde.“

„Ich glaube, er wohnt irgendwo in Westminister, das ist alles, was ich von ihm weiß, und wenn dies alles ist was Sie mir zu sagen haben, so halten Sie es auch im Wisszimmer sagen können.“

„Es ist nicht alles, was ich zu sagen habe, ich bitte Sie, Herr, hören Sie mich an. Ich weiß, wo Gerard wohnt, ich bin seine Tochter, und wir wohnen unter denselben Dach. Aber ich möchte wissen, wo sie heute Abend tagen, — Sie verstehen mich,“ und Sybil blickte nach seiner Frau, die ihre Polizeiberichte wieder aufgenommen hatte, — „es ist dringend.“

„Ich weiß nichts weiter von Gerard,“ sagte Tanner, „nur daß er manchmal hierher kommt und wieder fortgeht.“

„Der Grund, warum ich ihn sprechen möchte, ist so dringend wie nur möglich, und es betrifft Sie so gut, wie

ihn; wenn Sie aber nicht wissen, wo ich ihn finden kann, und Sie möchten eine Bewegung, als wollte Sie sich entfernen — so nützt es nichts.“

„Bleiben Sie, Sie können es mir sagen.“

„Aber Sie wissen ja nicht, wo er ist, Sie können es ihm also nicht sagen.“

„Das ist nicht so gewiß,“ erwiderte Tanner, „heraus damit! Und wenn es für ihn von Nutzen sein kann, will ich sehen, ob wir es nicht möglich machen können, ihn zu finden.“

„Ich kann, was ich weiß, nur ihm und sonst niemandem mitteilen,“ antwortete Sybil, „ich bin sehr gebunden.“

„Sie können Ihnen besseren Ratgeber haben, als Tanner,“ sagte die Frau, neugierig werdend, „Sie würden besser tun, es uns zu sagen.“

„Ich brauche keinen Rat, ich brauche das, was Sie mir geben können, wenn Sie wollen, — eine Mitteilung. Meine Mutter trug mir auf, wenn gewisse Verhältnisse eintreten, sei es von der größten Wichtigkeit und Dringlichkeit, daß ich ihn heute Abend vor neun Uhr noch sehe. Ich sollte hier vorbereiten, um mich dahin weisen zu lassen, wo ich ihn finden kann, dahin,“ fügte sie in leisem Tone hinzu, und sah dabei Tanner fest in's Gesicht, „wo Sie am heutigen Abend Ihre geheime Beratung haben.“

„Um,“ sagte Tanner, „ich sehe, daß Sie eingeweiht sind; bitte, woran kann ich erkennen, daß Sie Gerard's Tochter sind?“

„Sie können nicht zweifeln, daß ich seine Tochter bin,“ erwiderte Sybil stolz.

„Um,“ sagte Tanner, „ich weiß nicht, — ich glaube nicht, daß ich sehr daran zweifle,“ — und er flüsterte mit seiner Frau. Sybil entfernte sich von ihnen, so weit sie konnte.

werben. Während der Verlode der Reichstagsschwohl wurde die erste Versammlung hier am Döte von den Antritten einberufen. Redner war der Kandidat Schack, Leiter der Versammlung Amtsräther Böttmann. Als in der Diskussion einige Arbeiter das Wort nahmen und dem Redner sagten, daß sich die Antisemiten unter falscher Flagge in den Wahlkreis schmuggelten, schloß der Amtsräther Böttmann einfach die Versammlung. Die Anwesenden waren nicht wenig erstaunt über den Schluß der Versammlung, umso mehr, als der Redner noch nicht einmal mit seinen Aussführungen zu Ende war. Die Vergewaltigung und die Mundtotmachung der Anwesenden wurde natürlich gehörig gebrandmarkt. Man vergleiche nun die Rede des Abgeordneten Böttmann im Reichstage, vergleiche vor allen Dingen, was er über den Terrorcode des Sozialdemokraten sagte und mache sich dann ein Bild von der Wahrschafftskraft der Antisemiten. Herr Latzmann ist trotzdem unbefähigt und Mosbach glaubt, er brauchte keinen Redner nicht in Anwendung zu bringen. Die Arbeiter sind dies zu gut diszipliniert, als daß sie sich solche Belästigungen zu schulden kommen lassen. Wann vor Herrn Böttmann und seinem antisemitischen Anhang das behende Versammlungsrecht richtig gehandhabt wird, kann braucht niemand nach vernichtem Polizeischutz zu schreien. Findet sich im übrigen kein Staatsanwalt, der den Amtsräther Böttmann, der doch berufen ist, nicht und Geschäft zu schützen, unter Anklage stellt? Dann beweise Herr Latzmann, der vielleicht schon unzählige Arbeiter wegen gewisser Vergehen verknurrt hat, sieht sich mit Leichtigkeit unter den § 7 der preußischen Verordnung vom 11. März 1850 hing. Hierach ist ausgesprochen, daß niemand — mit Ausnahme der im Dienst beständlichen Polizeibeamten — in einer Versammlung bewaffnet erscheinen darf. Anscheinlich gilt das aber nicht für den Amtsräther Böttmann, der ja im Reichstag offen ausgesprochen hat, daß er eine, sogar gefährliche Waffe bei sich führte. Wie würde Herr Latzmann sich

Die Folgen einer Verlobungsauslösung. Ein Kaufmann war mit einer Gastwirtstochter in S. am 2. März 1898 eine Verlobung eingegangen, von der er am 30. Dezember 1901 zurücktrat. Da ein wichtiger Gericht nicht vorlag, der den Rücktritt des Verlobten gerechtfertigt hätte, so legten jetzt die frühere Verlobte und deren Mutter gegen den Ungetreuen auf Schadenersatz laut § 1298 B. G. S. Danach hat der von der Verlobung zurücktretende dem anderen Teil allen Schaden zu ersetzen, die diesem dadurch entstanden, daß er oder seine Angehörigen Aufwendungen gemacht und Maßnahmen in Erwartung der Ehe getroffen haben. Die Rechnung der Mutter belief sich auf 1350 Schnitt Bier zu 10 Pf. und 60 mal Mittag und Abendbrot, beide Mahlzeiten pro Tag 75 Pf. Die Tochter verlangte ja. 1600 Ml. für ausgesetzten Lohn, da sie dem „Bräutigam“ zu Gefallen ihre mit 50 Ml. monatlich salarierte Stellung in einem Geschäft aufgeben mußte, wenn er wollte keine Verkäuferin heiraten. Weiter wurden vom Kläger für die angeschaffte Brautausstattung 889 Ml. verlangt. Letzterer widerspricht den Klagegründen und erklärt dabei, er habe Mutter und Tochter oft ausgeführt und für beide bei allen Vergnügungsgelegenheiten bezahlt, so daß die Ausgaben stets auf Gegenseitigkeit beruhten. Das Landgericht erkannte auf Abweisung der Klage bis auf eine geringe Summe von 6 Mark. Auf die Berufung der Klägerinnen erkannte das Oberlandesgericht Breslau die Klage zum größten Teil als gerechtfertigt an und zwar verurteilte es den Beklagten zur Zahlung von zweimal 837 50 Ml. (zu jede Klägerin) und bestand des Eides, daß die Brautausstattung noch nicht gebraucht ist, (was auch bereits von Sachverständigen zugunsten der Klägerinnen beantwortet worden ist), zur Bezahlung von nochmals 889 Mark gegen Abgabe der Sachen oder 512 50 Mark Entschädigung. Das Oberlandesgericht sagt in seiner Urteilsbegründung: Die Aufwendungen der Klägerinnen sind in Erwartung der Ehe gemacht worden und deshalb zu ersetzen. In Betracht kommt hierbei aber immer nur der Selbstlosenpreis, der Schnitt Bier ist also mit 5 Pf. zu berechnen, der Preis für die Mahlzeiten erscheint als angewiesen. Die Behauptung des Beklagten, daß er bei Spaziergängen und Ausflügen beide Klägerinnen freigehalten hat, ist nicht gelehrt, den Ausdruck der Klägerinnen für seine Bewirtung zu belegen; dann aus der behaupteten Tatsache würde noch nicht zu folgern sein, daß die Bewirtung des

„Fürchten Sie nicht!“
„Nr. 22 Hunt Street, an der Ecke der Silver Street.
Erinnern Sie sich des Darbärgangs. Es ist eine häßliche
Gegend, aber es ist ja Ihr eigener Wille.“
„Es ist Blute Markt!“

Gesetz Robitel.

Durch Schill's Bitten getrieben, jagte der Räuber vorwärts. Mit all' der wunderbaren Geschicklichkeit eines Londoner Droschkenfahrers suchte er Zeit und Raum durch seine seltene Kenntnis aller Wege und Abkürzungen zu überwinden. Es schien jede gewöhnliche Verkehrstraße sorgfältig zu vermeiden. Die Häuser, die Bevölkerung, die Sprache, die Trachten, die Sitten waren in den Straßen, durch die sie hindurchsausten, ganz anders als in den Straßen, mit welchen die Bewohner der fernen Viertel von London bekannt sind. Es war eine andere, grundverschiedene Welt. Bald fästete Straßen mit Teediele-laden und Niedergeslagen von altem Gerümpel, bald Märkte von Fleischabfällen und stinkenden Fischen; manchmal der Weg verschleiert von den Holz dusterschen Dämpfen einer riesigen Brauerei und dann wieder ein Gewirr von unheimlich besetzten Straßen, wo der Huaufasager, der Taschenarist, der Räuber und Mörder ein sympathisches Publikum fand — Kameraden für jedes Unternehmen und einen Markt für jede Rente.

Die lange Dämmerung des Sommerabends war vorüber, die bleichen Schatten des Mondes sickten sich leise hervor, das Gas flog an, die Kaldauen- und Spieldreiecke zu beleuchten; die Papierlaternen schmückten die Straßebuden und die Stände der fahrenden Männer. Sie kreuzten eine breite Straße, welche die Arterie dieses Distrikts zu sein schien; sie erglänzte von ein Palästen; eine dicke Menschenmenge wogte hin und her in der wilden aber verbotenen Luft, schächernd, fluchend, trinkend, streitend — und in ihr Geschäft und in ihr Erholgelage, in ihr erbittertes

Bellagten nicht in Erwartung der Ehe, sondern in Erwiderung des Fehlthmens bei Spaziergängen und Ausflügen stattgefunden habe. Ebenso ist der eines Klägerin der Verdienst zu ersehen, der sie durch Aufgabe ihrer Stellung als B.-v.-Käuferin verloren gegangen ist. Es kommen von den 50 Ml. aber nur 25 Ml. pro Monat in Ansicht ung, da st. 25 Ml. der Mutter abgehen müsste. Der Bellagié legte Revision ein, aber ohne Erfolg. Der vierte B.-v.-Rat des Reichsgerichts erkannte auf Berufstellung der Abfision, haben es nach Rücksicht auf die Verhältnisse bestätigt.

Vergiftete Wurst. In Albrechtsdorf bei Reichenberg erlagen 20 Personen nach dem Genuss von L-Bezwurst unter Vergiftungserfahrungen. Das Befinden eines schwer erkrankten Person ist hoffnungslos.

Ein gewappneter Stadtverordneter. Am 23.
März rückte in Stadt Mansfeld der am 9. März
gegen den Grafen v. v. Mdc zum Stadtverordneten ge-
wählte Bergmann August Sauer mit vom Dorfleger
hoch auf dem Hochsitz besetzt da der Marktobstet der
Bewerberchaft gehört, erkannt zu sein. Über diesen Fall
sohn deutliche Wiss. egerung ist, wie seinem Vorleser in
Halle aus Hause selbst berichtet wird, die ganze Stadt car-
bona. — Er bestimmt sich Wilhelm II. hineinzutun, um solle
nen Arbeiter, den seit Jahren Mann aus der
Weltstadt wählen; er sei stets willkommener. Wie der
Fall aus Stadt Mansfeld geht, macht das Kapitel wenig
Federzeiten mit dem „schlichten Mann aus der Weltstadt“,
der überantwortet fgn beim Hungertag, wann er sich erbrechen
will, die Interessen seiner Stoss zu vertreten.

Die Hose — als Schicksal. Bei der Rekrutierung in Roding (Oberpfalz) machte ein Ausgehobener, als er zur Kavallerie zugelassen werden sollte, die Bemerkung, daß er lieber bei der Infanterie wäre. Es wurde hierauf die Frage an ihn gestellt, warum er denn zur Infanterie wolle, worauf er antwortete: „Wein, weil i da halt scho a Hos' a o mein Bruber hätt!“

Die Tat eines Wahnsinnigen. Zu der schon kurz
erwähnten flüchtiglichen Bluttat in Plauen i. B. ist noch
zu melben: Der Hafarbeiter Thoß erschoss am Sonn-
abend, jedenfalls in einem Anfalle von Wahnsinn, seine
Schwiegermutter schwer. Seine Schwägerin sprang zwei Stock hoch aus
dem Fenster und brach ein Bein. Sein kleineres Stiefel
schoss er an einem Stein aus dem Fenster. Daum schießt er
die Wohnung in Brand. Als infolge des Feuers sich eine
Kugel Menschen unten ansammelte, gab der anschein-
end Wahnsinnige aus zwei Revolvern
über hundert Schüsse auf die Menge ab.
Dabei traf er den Gastwirt vom Elstertal, Reichelt, in
die Brust und verletzte ihn schwer. Auch verschiedene andere
Personen wurden durch die Schüsse verletzt. Die Feuerwehr
wurde sofort alarmiert, die trotz des heftigen Schießens
noch die Wohnung vorging. Die Feuerwehr durchbrach
schließlich die Zimmerdecke und sagte die Stube, worin sich
der Wütende befand, unter Wasser. Schließlich verlor sich
Thoß selbst durch einen Schuß schwer. Grauenhaft war her-
vord der Leiche, die im Zimmer halb verbrannt lag. Die
Häuser der Umgebung wetzen alle Fügel puren auf, denn so-
zusätzlich sich ein Kopf im Fenster der Nachbarschaft zeigte, gab
der Wütende ein Schnellfeuer ab. Die Aufregung in der
Stadt war geradezu ungeheuer. Außer der sofort durch
Schüsse getöteten Chefcou wurden die Schwiegermutter und
ihre Passanten durch Schüsse verletzt, davon
einer und ein Passant schwer. Dieser, der Restaurateur
Klemann Reichelt, erhielt einen Schuß in die Brust ober-
halb des Herzens und liegt in letzter Wohnung darüber.
Der Verlust des aus dem Fenster gesprungenen Schwä-
gerin des Täters ist nicht lebensgefährlich. Thoß selbst
wurde bewußtlos in das Krankenhaus eingeliefert.

Wer ist schuld? Aus Wanne berichtet das
lochmärker „Volksblatt“: Der hilfige Einwohner Bester-
mann, der einer heimischen achtbaren Familie angehört, und
der ein sehr achtbarer Mann war, besuchte am Sonntag
zur acht Tagen das Kloster von Hingen, hier. Aus einem
nicht aufgeklärten Grunde schickte der Wirt den Gast und
seine Gesellschaft hinaus. Zeugen wollen befunden, daß
Bestermann keinen Einlaß gegeben hat zu seiner Ausweisung.
Daraufhin wurde er durch den Gendarmen Lange verhaftet,
wurde auf die Wachstube gebracht. Später wurde
er in die Arrestzelle gebracht. Am anderen Morgen
wurde der Verwagter des Volksgefängnisses, Wachtmeister

reiten und die rohe Geschmäle brachten die Minnesänger.

Ganz erfüllt von der großen Aufgabe, die sie sich gestellt hatte, war Sybil betrachtet unempfindlich für die Szenen, an denen sie vorüber fanden, und ihre mädchenhafte Unschuld wurde dadurch vor manchem Anblick und manchem Ton bestärkt, der ihre Augen oder ihr Ohr beleidigte hätte. Sie waren nun nicht mehr weit von dem gesuchten Ort seit; sie hatten gerade die breite Straße gekreuzt und waren im Bef. sich in einen neuen Hörsaal von kleinen, dunklen, ausuhigen Gassen zu versenden, als der Rutscher seinem Pferd ein Püsschenzieb gab, um es zu einer letzten Anstrengung zu feuern. — Das Pferd machte einen Sprung, und ein Fuß des Wagens zerbrach. Sybil kam unverleckt aus der Tasche heraus, sofort bildete sich eine Gruppe um sie — ein Haufen junger Diebe, fast noch jung genug für die Schuldenabwandschaft, ein Straßenlehrer, eine halb nackte turlesse Frau, und zwei narrsterte Perle, deren die Stohlt auf dem Gesicht stand, mit Zähnen im Munde und die Zunge in der Tasche.

„Ich kann Sie nicht weiter fahren“, sagte der Rütticher, bevor er drei Schillinge.“

„Was soll ich tun?“ fragte Sybil angstvoll, während sie Böse zog.
„Das Beste, was die junge Dame tun kann“, rief Strafbeamter mit heißerer Stimme, „ist etwas zum Den zu geben.“
„Das ist eine gute Idee“, piepste ein junger Dieb.

„Sie werden mit großem Vergnügen auf Ihre Gesundheit trinken“, lallte die Frau.

„Wie viel haben Sie da?“ plipste der junge Dieb, und schüttete einen Griff nach ihrer Börse; er war aber nicht so genau und es gelang ihm nicht.

„Keine G-Waltzärtlichkeit“, sagte eine der zwei Kerle, die

Schwanz, zwei Leute, die gleichfalls die Nacht im Böhlweg gefäsgasse zugebracht hatten, in Westermanns Belle und sagte zu ihnen ungefähr: Seht Euch den Mann an, der will Koput gehen; daß es dann nicht heißt, ich hätte ihm was getan. Schließlich wurde Westermann ins katholische Krankenhaus verbracht, wo er bereits sterbend anlief und auch nach langer Zeit von seinen Eltern erlöst war. Der Säbel soll ihres gerümmert sein und auch am Handgelenk sah man Spuren des Stichwund.

Schweres Haar. Bei der Kürzung eines

Schwarzes Englum. Bei der aufgezogenen ersten Theatervorstellung in einem Saal in Berlin, Bellwald, erregte sich Socrate ein schwarzes Englum. Eine der Repliken war unter die Menge eines kleinen Schuhes geworfen worden. Darauf wurde gekämpft. Es fandte eben ein sehr schönes und sehr gescheites Schauf gekämpft, woher auch die Bühne von Schauspielern bestimmt war. Eine der Bühnen wurde in ein Hospiz verwandelt.

Glüngendes Glend. Das Schiegegericht der Schiffer
Siblinde in Münzenberg versteckte am Sonnabend den
23. Januar einen Lufthut mit Mitterhofer Bildern
Beladenes und verstecktes Gefüllung zu einem Schuh
ab zum ersten Sonntagslied Gesang und Gefeierung
zur neu H... Mitterhofer befand sich in gestürztem Ver-
mögen vorhälftlich und glaubte durch eine "Gernauft"-
ritat wieder aufzustehen zu können. Die flunbede-
nglichen höheren Thäkte verloren aber, und so wurde der
schöne Blau zu Wasser. Unter falschen Vorstiegelungen
wollte Mitterhofer eine Maxwechselkreditschaffung über
1000--6000 MI heranzuschwindeln, wobei er auch noch in
die Netze von Bacherren lief. Seine Glücklicher glaubte er
auf hohem Alter dadurch abschütteln zu können, daß er sich
um Schutzappelldienst nach Südwürttemberg melde. Seine
Leistung wurde aber in Rücksicht auf seine Vermögensver-
hältnisse zurückgewiesen. Hierauf entfernte er sich von seiner
Gruppe und trüb sich drei Wochen lang in München herum,
bis er schließlich verhaftet und an sein Regneat abgeliefert
wurde.

100 000 Mark für die notleidenden Agrarler, 100 000 Mark für die Opfer von Courrières! Dass bei den Spenden für die Opfer von Courrières meist ganz andere Motive als Mitleid weiszueben sind, das ließt die politischadikat ein recht frassis Beispiel. Wie der „Vorsendreier“ dieser Toge mitteilte, hatte das Mitglied des Aufsichtsrats Gauz den Antrag gestellt, für die Opfer von Courrières 50 000 M. aus Spendenmitteln zu bewilligen. Das genannte Blatt befürwortet solche Spenden u. a. aus politischen Gründen, zur Belaubung der Solidarität des Na- tionskonservatismus. Das Chablikat hat den Antrag über abgelehnt! Die Begründung gibt das charakteristische Reließ dazu. zunächst wird gesagt, dass Chablikat halte sich nicht befugt, über die Mittel der Gesellschaft in vor beantragten Weise verfügen.“ Die Fahrenscheinigkeit dieser Begründung erüllt aus der Tatsache, dass das Chablikat aus dem Kulturrat der Gesellschaft 100 000 M. für die landwirtschaftliche Gesellschaftsschule in Darmstadt bewilligte, ferner Sammen mit den Eltern des Herrmannstags, zur Unterstützung von Lutzen, die selbst im Feit schwimmen. Aber das Chablikat weiß auch selber nach, dass es sich bei der in der Toge sachlichen Begründung nur um einen Vorwand handelt, unter dem sich ein unzulässiges Motiv verbirgt. Die Chablikatleitung bestreitet die Ablehnung weiter rafft der vorliegenden Beröffentlichung des Antrages, dass sei nach ihrer Meinung zu reklamierenden Zweck n geschehen. Ob das zulässt oder nicht, ist von lich gleichgültig. Dass aber die Ab- lehnung aus so elektrischen Gewöhnungen erfolgen konnte, bestreift, dass das namenlose Unglück auch nicht einen Grad von Mitleid und Hilfeserubigkeit auslösen verwochte. Weiter aber muss daraus zu erkennen, dass wenn man einmal in die Toge des Wohluns sich hält, Nutzlichkeitsbewegungen nicht Unzulässigkeit den freibenden Faktor bilden. Die Arbeiterschaft kann aus diesem Beispiel wieder erkennen, was sie von der oft moralischrekerisch angeprahlten Geschäftsethik und Wohlfahrtspolitik des Kapitals zu halten hat.

Wlord. In einer Wirtschaft in Neuwehendorf Nürtingen hat der 18jährige Tagelöhner Mindel, ürgersch, weil ihm Blut verweigert wurde, den Schwager besiegt, den 28jährigen Maurerpolter Göß, erschlagen. Der Mörder wurde verhaftet.

etze aus dem Mund nehmend und Schill eine Rucke voller G'sicht blasend, „wie wollen die junge Dame zur Mutter appen führen, und dort wollen wir uns einen vergnügten verab machen.“

„Hallo, was bedeutet dies alles?“
Der Ratscher, ein gutmütiger Mann, aber zu sehr durch
einen Unfall in Anspruch genommen, um Sybil helfen zu
können, erklärte in den Ausdruck n und der malerischen
Sprache des Kochs „h“ (der Ulondoner — dessen Heimat
erzählt die „Cooktigne“ genannt wird) den ganzen Sach-
halt, wobei er seinem Fahrgest volle Gerechtigkeit wider-
teuen ließ.

„Ach so! Es ist eine anständige Dame!“ sagte der
Hüter, und sofort packte er einen der zwei Reile an
m, rückte ihn beim Nasen und bedeutete ihm sehr nach-
drücklich, daß er „sich drücken sollte“, was dieser und sein
fährte, im Bewußtsein verschiedener bereits erlittener und
gleicherweise noch zu erleidender Strafen, mit großer Ge-
windigkeit taten. Und auch die übrige zwölf-häfte Gesell-
chaft verschwand rasch.

„Wad Sie wünschen in die Silver Street zu geben?“
gute inn Cybils amtlicher Beschützer; denn sie hatte es
ist für klug gehalten, ihre ganze Wosicht zu enthüllen und
i Ort der Zusammenkunft einem Polizeibeamten mitzu-
en. „Gut, das ist jetzt nicht schwer. Gehn Sie gerade
s, biegen Sie in die zweite Straße rechts, und dann in
dritte Straße, und Sie sind da.“

(Fortsetzung folgt)